

Oktober
2020

SOVD *Magazin*

Herausgegeben vom Sozialverband Deutschland



Helfer auf vier Pfoten

Assistenzhunde erleichtern

Menschen mit Behinderung den Alltag

Eine starke Gemeinschaft

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) vertritt die Interessen der Rentner, der Patienten und gesetzlich Krankenversicherten sowie der pflegebedürftigen und behinderten Menschen. Wir setzen uns für Ihre Rechte ein und bieten unseren Mitgliedern Beratungsstellen in ganz Deutschland. Dort erhalten sie Hilfe bei Fragen zur gesetzlichen Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung oder in behindertenrechtlichen Dingen. Soziale Gerechtigkeit steht im Mittelpunkt unserer Arbeit. Wir setzen uns für den Ausbau und den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme ein.



Der Sozialstaat ist ein wichtiges Auffangnetz für die Menschen – das zeigt sich gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen. Uns geht es auch um Chancengleichheit, zum Beispiel um die Bildung und Ausbildung, die unsere Gesellschaft behinderten und benachteiligten Kindern und Jugendlichen bietet. Der SoVD ist eine starke Gemeinschaft mit rund 600.000 Mitgliedern. Bei uns können Sie sich engagieren und mit anderen gemeinsam aktiv werden. Einer von über 2.000 Ortsverbänden befindet sich bestimmt auch in Ihrer Nähe.



Die bundesweit über 600.000 Mitglieder des SoVD bilden eine starke Gemeinschaft.

Pflege gerecht finanzieren

Armut und Benachteiligung durch Pflegekosten – SoVD für Vollversicherung

Seite 4 – 11



Mehr Zuschuss

Krankenkassen übernehmen höheren Anteil bei Zahnbehandlungen

Seite 20 – 25



Einsamkeit im Alter

Schweizer Dokumentation widmet sich sensiblem Thema

Seite 38 – 45



Armut in der EU bekämpfen

Digitale Veranstaltung von SoVD und AWO am 12. Oktober – jetzt anmelden.

Seite 16 – 19



Helfer auf vier Pfoten

Der Verein Pfotenpiloten setzt sich für Assistenzhunde ein

Seite 26 – 37



Armut und Benachteiligung durch Pflegekosten – SoVD für solidarische Vollversicherung

Pflege endlich gerecht finanzieren

Im Pflegefall kann es teuer werden. Steigende Kosten müssen die rund 3,4 Millionen Pflegebedürftigen selbst tragen, denn ob stationär oder ambulant: Die Pflegeversicherung deckt nicht alle Leistungen ab. Diese „Teilkasko“ ist für viele ein Armutsrisiko – aus SoVD-Sicht unhaltbar. Bereits lange sichtbar sind außerdem die strukturellen Probleme in der Pflege. Bei der Versorgung und ihrer Finanzierung ist dringend eine umfassende Reform nötig.



Foto: Mediteraneo / Adobe Stock

Pflegekosten belasten Betroffene und ihre Angehörige. Um sie fair zu gestalten, fordert der SoVD Reformen.

In einem breiten Zusammenschluss engagiert sich der SoVD deshalb für bessere Bedingungen und eine andere Pflegeversicherung. Das „Bündnis für Gute Pflege“ aus 23 Verbänden und Organisationen sowie 14 Unterstützern, die rund 13,6 Millionen Menschen vertreten, stellte einen Forderungskatalog auf.

Neben mehr Personal und dessen besserer Bezahlung will es einen Systemwechsel in der Finanzierung: hin zu einer gerechten, solidarischen, paritätischen und nachhaltigen Versicherung, die alle pflegebedingten Kosten deckt.

Das Bündnis fordert unter anderem, „versicherungsfremde“ Leistungen mit Steuern zu finanzieren, medizinische Behandlungspflege in Heimen systemgerecht über die Kranken- statt Pflegekasse zu bezahlen und den Pflegevorsorgefonds aufzulösen, damit er in die Versicherung fließt. Zudem seien die Leistungen entlang der Lohnentwicklung zu dynamisieren. Eigenanteile der Pflegebedürftigen seien kurzfristig zu begrenzen.

Dass in der Pflege Änderungs-

bedarf besteht, landete in den letzten Monaten stärker auf den Tagesordnungen, weil das ganze Gesundheitssystem in der Coronavirus-Pandemie viel Aufmerksamkeit bekommt. Mängel, Grenzen und Gefahren – auch soziale – werden sichtbar.

So befasst sich das Bundesgesundheitsministerium (BMG) endlich verstärkt damit, dass es in Kliniken, Praxen, Heimen, ambulanten Diensten und bei Pflegebedürftigen etliche Problemlagen gibt. Auf viele weist der SoVD schon lange hin.

Eine einmalige „Corona-Prämie“ für Pflegekräfte, die nicht einmal alle erhalten, ändert an deren Situation im Grundsatz wenig. Auch dieser Bonus wird im Übrigen größtenteils über die belastete Pflegeversicherung finanziert – mit bis zu 1.000 Euro, bis 1.500 Euro sollen Länder-Zuschüsse ermöglichen.

Pflegebedarf als Armutsrisiko – echte Reform überfällig

Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat viele Pakete und Ge-



Foto: toa555 / Adobe Stock

Eigenanteile bei Pflegebedürftigkeit sind stark gestiegen. Das ist nicht nur unfair, sondern kann Betroffene zu „Sozialfällen“ machen.

setze im gesamten Gesundheitsbereich zugesagt oder Entwürfe vorgestellt. Was in der laufenden Legislatur noch wirklich kommt, muss sich zeigen.

Eigentlich stand dabei ebenfalls ein Gesetz zur Reform der Pflegeversicherung auf der Agenda: Das hatte Spahn im Januar für die Jahresmitte angekündigt, verschob dann aber die Diskussion auf den Herbst. In der Debatte soll es auch um neue Finanzlöcher durch die Corona-Krise gehen, also um „Machbarkeit“. Ein Gesetzentwurf liegt noch nicht vor.

Zu befürchten ist, dass dieser nur ein kleiner Wurf wird. Keine Lösung kann es nach Überzeugung des SoVD etwa sein, allein die private Pflegeversicherung zu stärken.

Aus Verbandssicht ist eine echte Reform fällig, die nicht „nach Kassenlage“ aufschiebbar ist. Dafür gibt es mehr Gründe als den von der Politik benannten, dass bald die geburtenstarken Jahrgänge ins Pflegebedürftigkeitsalter kommen. Schon jetzt wachsen Bedarf und Kosten, schon jetzt ist die Finanzierung schwierig; und es sind

die Pflegebedürftigen, die das besonders trifft.

Durch steigende Eigenanteile führt Pflegebedarf oft zu prekären Lagen. Denn die Pflegekasse bezahlt nur eine Pauschale, je nach Pflegegrad. Ambulant ist der tatsächliche Bedarf besonders schwer zu beziffern. Viele Tätigkei-

ten erbringen auch bei Hilfe durch Pflegedienste nicht diese, sondern Angehörige oder gar die Pflegebedürftigen selbst, notgedrungen, so gut wie möglich – und ohne Vergütung.

Heimbewohnende zahlen über 2.000 Euro im Monat

Ob Heim oder daheim: Alles über den Festbetrag hinaus zahlen die Versicherten selbst. Ihr Eigenanteil in Heimen liegt inzwischen im Bundesdurchschnitt bei 2.015 Euro im Monat. Davon sind 786 Euro für die eigentliche Pflege, 455 Euro für Investitionskosten der Heime und der Rest für Unterkunft und Verpflegung. „Selbst mit einer auskömmlichen Rente ist dies nicht mehr zu bewältigen“, sagt dazu SoVD-Präsident Adolf Bauer.

Die Durchschnittsrente betrug 2019 laut Deutscher Rentenversicherung über alle Rentenarten hinweg 954 Euro. Viele liegen weit darunter. Jede*r dritte Heimbewohnende bezieht Sozialhilfe. „Eine qualitativ hochwertige und am Bedarf orientierte Pflege setzt

Foto: godfather / Adobe Stock

Heimkosten liegen monatlich oft im vierstelligen Bereich.

eine deutlich bessere Personal-ausstattung in der stationären und ambulanten Altenpflege voraus sowie eine angemessene tarifliche Bezahlung“, so Bauer weiter. „Die damit verbundenen Kostensteigerungen dürfen jedoch nicht einseitig zulasten der Betroffenen gehen. Hier besteht dringender

Reformbedarf, denn Pflege geht alle an.“

SoVD für Vollversicherung: gerecht, solidarisch, nachhaltig
Pflege ist eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft. Ihre Finanzierung muss daher aus SoVD-Sicht zukunftssicher, solidarisch und fair

sein. Lösbar wäre das nur durch den nachhaltigen Umbau der Pflegeversicherung.

Hierzu kursieren verschiedene Modelle – etwa, die Eigenanteile zu deckeln. Populär ist der „Sockel-Spitze-Tausch“. Er kehrt das aktuelle Modell um: Pflegebedürftige würden einen Festbetrag zahlen, alles darüber übernehme die Kasse.

Der SoVD tritt für eine Bürger-Vollversicherung in der Pflege ein. Damit entfielen Eigenanteile langfristig ganz. Alle Bevölkerungsgruppen sollten solidarisch einzahlen, auch Beamte und Selbstständige. Die Beiträge im Berufsleben wären paritätisch zu übernehmen, sie würden vermutlich nur gering steigen. Dafür könnte die Versicherung alle pflegebedingten Leistungen abdecken. Investitionskosten sollen endlich, wie bei Einführung der Pflegeversicherung 1995 geplant, die Länder tragen, statt sie auf die Heimbewohnenden abzuschieben. Diesen blieben dann noch die Kosten für Unterkunft und Verpflegung – die sie auch ohne Pflegebedarf hätten.

Foto: Photographee.eu / Adobe Stock

Die tatsächlichen Kosten und Leistungen im Fall häuslicher Pflege lassen sich kaum korrekt beziffern – oft übernehmen Pflegebedürftige und Angehörige trotz Pflegedienst vieles selbst.

Vereinbarkeit von Pflege, Beruf und Familie nicht genug gestärkt – hohe Dunkelziffer

Pflegende Angehörige kommen zu kurz

Nicht nur die berufliche Pflege braucht aus SoVD-Sicht Unterstützung. Oft vergessen wird eine riesige Gruppe: pflegende Angehörige. Denn wohnen Pflegebedürftige zu Hause statt im Heim, sind ambulante Dienste nicht die einzige Hilfe. Viele Familienmitglieder übernehmen die Versorgung – ganz oder zum Teil, indem sie die Tätigkeiten des Pflegedienstes ergänzen. Doch drohen ihnen dadurch Nachteile.

Rund drei Viertel der 3,41 Millionen anerkannt Pflegebedürftigen werden laut Statistischem Bundesamt zu Hause versorgt: ungefähr 2,6 Millionen Menschen. Bei den meisten (1,76 Millionen, letzte Zahlen von 2017) tragen allein Angehörige die Pflege-Verantwortung.

Zudem liegt die wahre Zahl vermutlich höher. Das gilt vor allem, wenn das mitzählt, was nur die Familie übernimmt und was als Pflegeleistung definierbar, aber nicht erfasst ist. Nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) betrage die „Dunkelziffer“ bis zu 4,6 Millionen Hilfsbedürftige nur bei Sorgearbeit zu Hause. Viele Angehörige pflegen unvergütet.

Der SoVD nimmt die aktuellen Pflegedebatten zum Anlass, erneut hierauf hinzuweisen: Es dro-

Foto: fizkes / Adobe Stock

Oft sind es Frauen, die zu Hause Pflegearbeit übernehmen.



hen auch berufliche und damit Renten-Einbußen. In 70 Prozent treffen sie Frauen. Sie pflegen im Durchschnitt 21 Stunden pro Woche unbezahlt. Diese Zahlen hatte ein Gutachten ergeben, mit dem der SoVD vor einem Jahr vor „Altersarmut von Frauen durch häusliche Pflege“ warnte. Der Verband meint: Pflege muss für alle mit dem Beruf vereinbar sein – und mit dem Familienleben. Denn auch das leidet oft.

Foto: Racle Fotodesign / Adobe Stock

Private Pflege kann das Berufsleben stören und die ganze Familie belasten – egal, ob man Ältere versorgt oder ein Kind mit Pflegebedarf.

Ein Jahr später hat sich seitens der Politik wenig getan. Dabei war der Stellenwert häuslicher Sorgearbeit im Corona-Lockdown allzu deutlich. Forderungen nach ausweiteten Lohnersatzleistungen wurden nicht umgesetzt. Immerhin gab es vom Familienministerium Krisen-Akuthilfen wie einen einfacheren Zugang zur Familienpflegezeit und doppelt so lange Pflegeunterstützungsgeld (20 statt 10 Tage). Doch die Regelungen gelten nur coronabedingt und sind zeitlich begrenzt – das hilft den dauerhaft Pflegenden nicht.

Digitale Veranstaltung von SoVD und AWO am 12. Oktober

Armut europäisch bekämpfen

Gemeinsam mit der AWO veranstaltet der SoVD eine digitale Tagung über „Europäische Strategien zur Armutsbekämpfung – Perspektiven für ein Europa von morgen“. Es sprechen Vertreter*innen beider Verbände, Wissenschaftler*innen und Politiker*innen, darunter Bundesarbeitsminister Hubertus Heil.

Foto: Jonathan Stutz / Adobe Stock

SoVD und AWO diskutieren über die Sozialpolitik der EU. Das Ziel, die Armutsgefährdung bis 2020 deutlich zu senken, wurde verfehlt.



Foto: Sara Kurfeß / unsplash

Derzeit sind die Aussichten trübe. Wie ein Europa von morgen aussehen kann, fragen SoVD und AWO am 12. Oktober.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft fällt in eine bewegte Zeit. Neben der Bewältigung der Corona-Pandemie und notwendigen Aktionen gegen die Klimakatastrophe ist auch das Soziale ein Politikfeld mit großem Handlungsbedarf. Das Ziel der „Euro-



Hubertus Heil

pa-2020-Strategie“, die Zahl der armutsgefährdeten Menschen um 20 Millionen zu reduzieren, wurde weit verfehlt.

Unter dem Titel „Europäische Strategien zur Armutsbekämpfung – Perspektiven für ein Europa von morgen“ organisieren der SoVD und die AWO deshalb am 12. Oktober von 11 bis 13 Uhr eine digitale Veranstaltung. Es sprechen unter anderem SoVD-Präsident Adolf Bauer und AWO-Präsidiumsmitglied Gerwin Stöcken.

Der Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) referiert zum Thema „Welchen Beitrag zur europaweiten Armutsbekämpfung leistet die deutsche EU-Ratspräsidentschaft – und wie geht es danach weiter?“. Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, spricht zu „Visionen der Europäischen Kommission für ein Europa von morgen ohne Armut“. Eine Diskussionsrunde fragt nach europäischen Strategien der Armutsbekämpfung.

Informationen zu Anmeldung und Programm gibt es auf: sovd.de/eu-armut-digital.

Die gesetzlichen Krankenkassen übernehmen ab Oktober einen höheren Anteil

Mehr Zuschuss zum Zahnersatz

Wer einen Zahnersatz benötigt, muss sich auf eine hohe Rechnung einstellen. Die Krankenkassen übernahmen bisher die Hälfte des Regelsatzes. Seit Oktober dieses Jahres ist der Zuschuss um 10 Prozent auf 60 Prozent gestiegen. Wer jährlich zum Zahnarzt geht und das mit einem Bonusheft nachweist, kann sogar bis zu 75 Prozent erstattet bekommen.



Foto: focusandblur / Adobe Stock

Ein Zahnersatz ist teuer. Die gesetzlichen Krankenkassen übernehmen aber jetzt mehr als die Hälfte der Regelversorgungskosten.

Zahnersatz ist eine teure Angelegenheit. Nicht selten liegen die Kosten für eine Krone, eine Brücke, ein Implantat oder eine Prothese im vierstelligen Bereich und entsprechen damit dem Gegenwert einer Urlaubsreise. Damit sich auch Normalverdiener*innen einen Zahnersatz leisten können, übernehmen die Krankenkassen den Festzuschuss. Der orientiert sich an den Kosten der Regelversorgung und betrug bisher 50 Prozent. Dank des 2019 beschlossenen „Gesetzes für schnellere Termine und bessere Versorgung“ steigt der Zuschuss jetzt auf 60 Prozent.

Die Regelversorgung ist die kostengünstigste Variante für die Patient*innen. Alle Leistungen, die nicht dazu gehören, wie zum Beispiel eine Keramikvollverblendung oder eine Goldlegierung, müssen Versicherte komplett aus eigener Tasche bezahlen. Den Zuschuss zu den Basisleistungen der Regelversorgung gibt es natürlich trotzdem.

Foto: maho / Adobe Stock

Der Zahnarztbesuch macht selten Spaß. Ein gepflegtes Bonusheft kann dafür Geld sparen.

Regelmäßiger Besuch der Zahnarztpraxis lohnt sich

Wer regelmäßig mindestens einmal im Jahr zum*zur Zahnarzt*ärztin geht und dies durch ein Bonusheft nachweisen kann, bei dem*der steigt der Zuschuss sogar auf 70 Prozent (fünf Jahre lückenloser Nachweis) bis 75 Prozent (zehn Jahre lückenloser Nachweis). Hat man in den letzten zehn Jahren einmal die zahnärztliche Untersuchung vergessen, gibt es seit Oktober trotzdem 75 Prozent, wenn die Person die letzten fünf Jahre vor der Behandlung lückenlos nachweisen kann.

Für Geringverdienende gibt es eine Härtefallregelung

Empfänger*innen von Sozialleistungen (ALG II, Hartz IV, BAföG, Grundsicherung, Kriegsoferfürsorge) oder Menschen mit einem geringen Einkommen bis 1.274 Euro monatlich bzw. mit einem*r Angehörigen 1.751,75 Euro (für

jede*n weitere*n Angehörige*n kommen 318,50 Euro dazu) bekommen 100 Prozent erstattet. Aber auch Menschen, deren Einkommen nur wenig darüber liegt, können dank der „gleitenden Härtefallregelung“ einen höheren Zuschuss erhalten.

Grundlage ist immer ein Heil- und Kostenplan

Vor Beginn der Behandlung wird ein Heil- und Kostenplan aufgestellt. Darin sind die Leistungen detailliert aufgelistet, darunter auch der Eigenanteil. Dazu muss auch das Bonusheft und eventuell der Härtefallantrag eingereicht werden.

Wer im Voraus wissen will, wie hoch die eigenen Kosten sind, kann das auch im Internet mithilfe von Zahnersatz- oder Festzuschussrechnern ermitteln. Verbindlich sind aber nur die Angaben, welche die Krankenkasse in ihrer Zusage abgibt.

Foto: megaflopp / Adobe Stock

Tut zwar weh, aber zumindest der finanzielle Schmerz kann künftig etwas glimpflicher ausfallen.

Der Verein „Pfortenpiloten e. V.“ betreibt Grundlagenarbeit zum Thema Assistenzhunde

Helfer auf vier Pfoten

Assistenzhunde verhelfen Menschen mit Handicap zu mehr Unabhängigkeit, Sicherheit, Mobilität und Teilhabe. Aber in Deutschland sind sie fast unbekannt. Der Bereich Assistenz durch Hunde ist auch strukturell bis auf den Blindenhund völlig unregelt. „Pfortenpiloten e. V.“ will das ändern und Akzeptanz und Grundlagen schaffen – national und international.

Foto: Pfortenpiloten

Sieht nicht nur putzig aus, sondern macht als Assistenzhund einen wichtigen Job.



Als Roswitha Warda die gemeinnützige und unabhängige Organisation „Pfotenpiloten“ gründete, war ihr nicht klar, was für eine Mammutarbeit damit auf sie zukommen würde. Während ihres Aufenthalts in den USA hatte sie erlebt, wie gut und wichtig Assistenzhunde für Menschen mit Behinderungen sein können. Zurück in Deutschland ließ sich ihre Tochter zur Blindenführhund-Trainerin ausbilden. Dadurch stellte Roswitha Warda fest, dass in Deutschland selbst grundlegende Strukturen im Assistenzhunde-Bereich fehlen.

Abgesehen von Blindenhunden waren und sind Hunde als Helfer für Menschen mit anderen Handicaps wie zum Beispiel Traumabelastung, Diabetes oder Hörbehinderung weitgehend unbekannt. „Wir haben eine Ausstellung aufgebaut mit Aktion Mensch. Von zehn Leuten, die reinkommen, wissen acht davon nichts“, resümiert Roswitha Warda.

Wer einen Assistenzhund möchte, muss selbst dafür zahlen und bei der „Anschaffung“ auf Glück

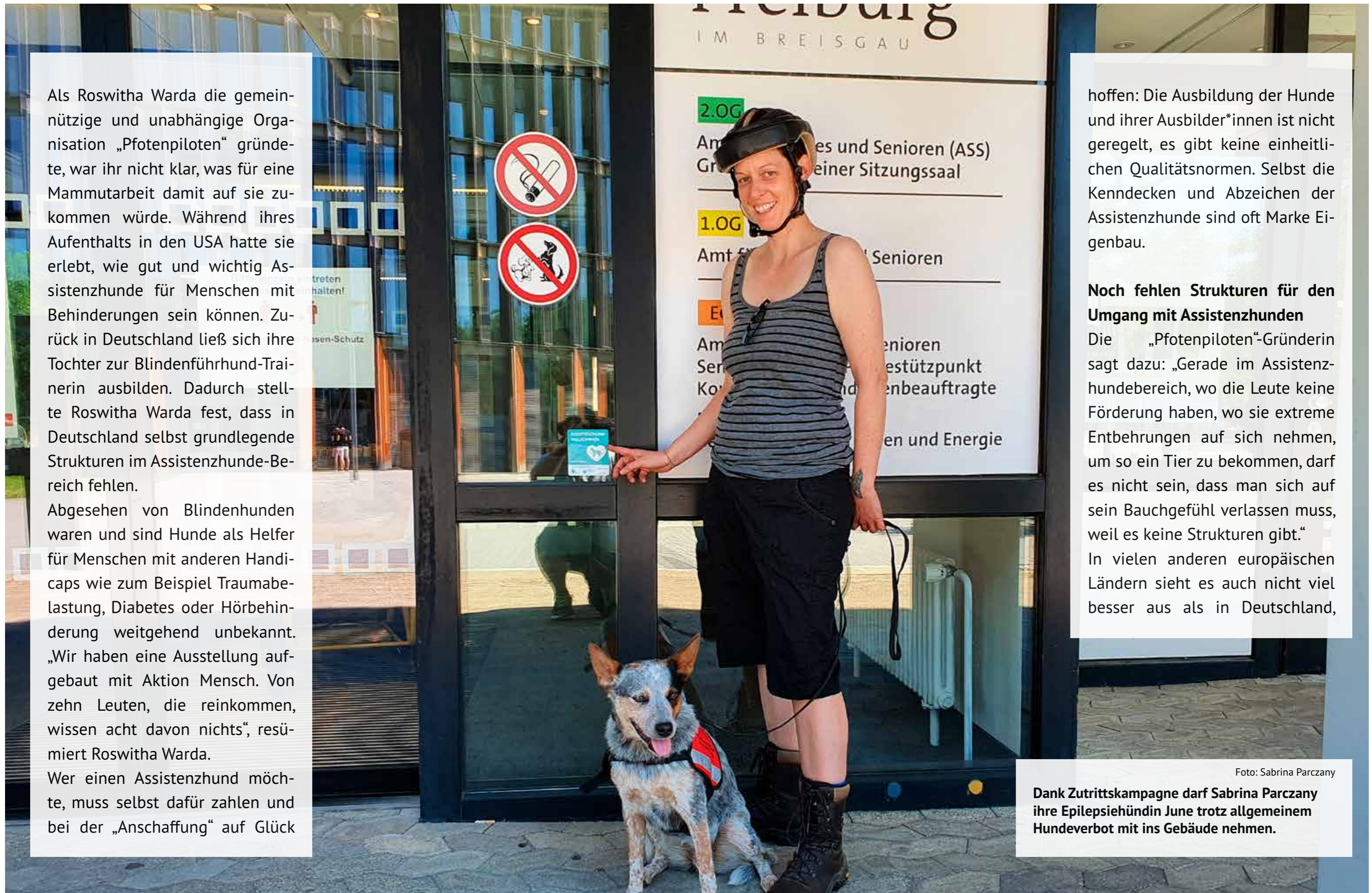
hoffen: Die Ausbildung der Hunde und ihrer Ausbilder*innen ist nicht geregelt, es gibt keine einheitlichen Qualitätsnormen. Selbst die Kenndecken und Abzeichen der Assistenzhunde sind oft Marke Eigenbau.

Noch fehlen Strukturen für den Umgang mit Assistenzhunden

Die „Pfotenpiloten“-Gründerin sagt dazu: „Gerade im Assistenzhundebereich, wo die Leute keine Förderung haben, wo sie extreme Entbehrungen auf sich nehmen, um so ein Tier zu bekommen, darf es nicht sein, dass man sich auf sein Bauchgefühl verlassen muss, weil es keine Strukturen gibt.“ In vielen anderen europäischen Ländern sieht es auch nicht viel besser aus als in Deutschland,

Foto: Sabrina Parczany

Dank Zutrittskampagne darf Sabrina Parczany ihre Epilepsiehündin June trotz allgemeinem Hundeverbot mit ins Gebäude nehmen.



während etwa Großbritannien schon seit Jahren viel besser aufgestellt ist. Roswitha Warda weiß: „Der englischsprachige Raum ist uns um 20 Jahre voraus.“

Aktuelle Kampagne

„Assistenzhund willkommen“

Angesichts der geringen Zahl von Assistenzhunden in Deutschland (geschätzt 500 bis 1.000) und im gesamten Europa war Roswitha Warda klar, dass von staatlicher Seite kein dringender Handlungsbedarf besteht. Daher beschloss sie tatkräftig, die Sache selbst anzugehen, indem sie „Pfotenpiloten e. V.“ gründete.

„Pfotenpiloten“ arbeitet mithilfe



Foto: Aktion Mensch

Assistenzhündin Rieke ist Herrchen Jens Schmidt eine große Hilfe. Hier reicht sie ihm eine Mütze.

von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen, Mitgliedern und Unterstützer*innen seit fünf Jahren an vielen Baustellen: Die Öffentlichkeit soll über das Thema Assistenzhunde aufgeklärt werden, mit der Kampagne „Assistenzhund willkommen“ (die noch bis 2021 läuft) können Geschäfte und Einrichtungen mit Aufklebern signalisieren, dass Assistenzhunden der Zutritt erlaubt ist. Die Angst von Geschäftsinhaber*innen und Kund*innen, dass die Anwesenheit eines Assistenzhundes unhygienisch ist, kann „Pfortenpiloten“ mit Schreiben qualifizierter Expert*innen entkräften: Ein gut ausgebildeter Assistenzhund sei nicht unhygienischer als ein Mensch in Straßenkleidung.

Bereits erste Gespräche mit dem Ministerium

Auf europäischer Ebene sollen Qualitätsrichtlinien für die Ausbildung erstellt werden, die „Stiftung Assistenzhund“ will Assistenzhund-Teams zertifizieren. Damit soll eine transparente, einfache und

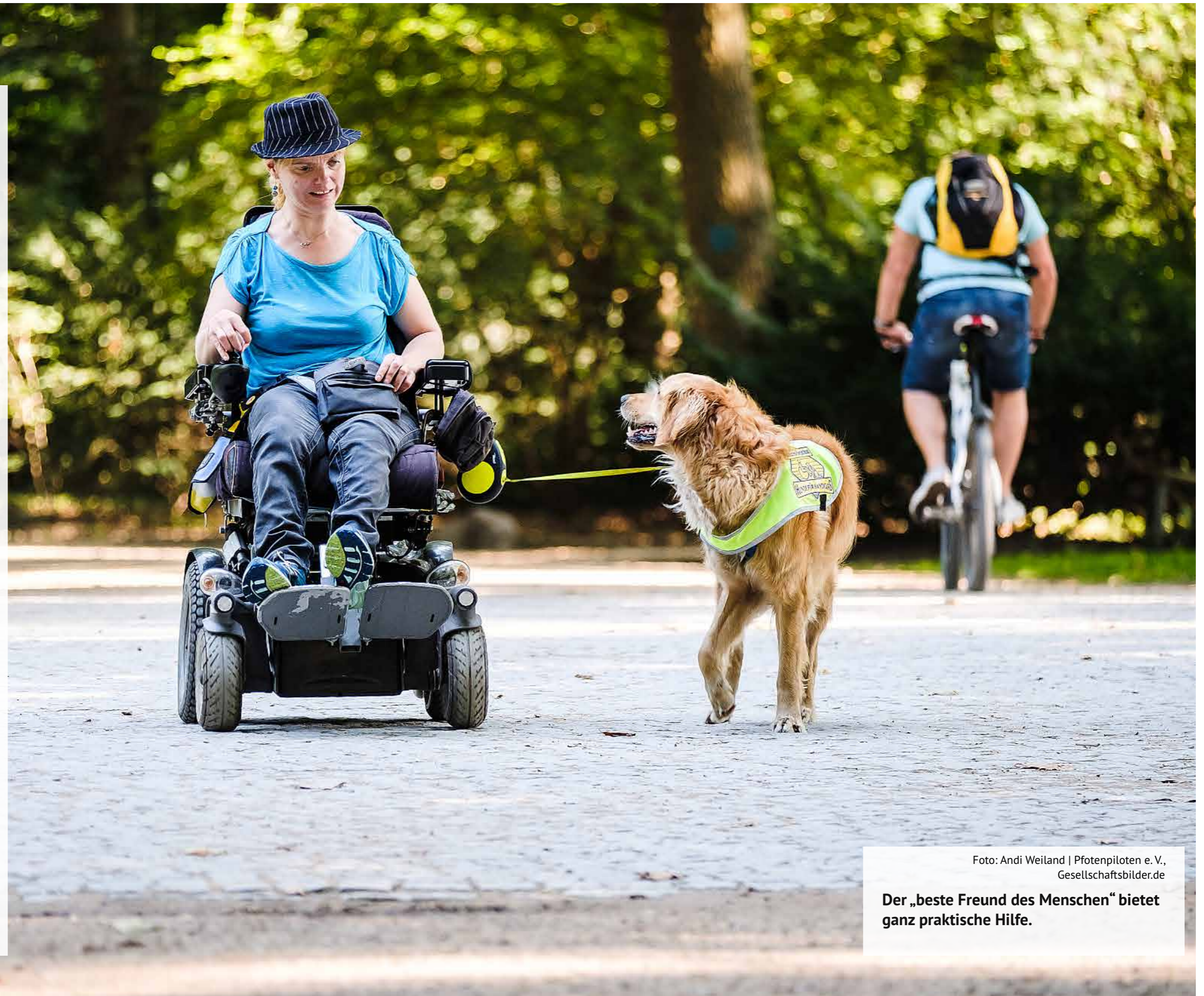


Foto: Andi Weiland | Pfortenpiloten e.V.,
Gesellschaftsbilder.de

Der „beste Freund des Menschen“ bietet ganz praktische Hilfe.



unabhängige Bewertungsstelle geschaffen werden, die allen mehr Sicherheit gibt. An den technischen und inhaltlichen Voraussetzungen für eine Video-Evaluierung wird bereits gearbeitet. Von „Pfortenpiloten“ anerkannte Teams sollen in Zukunft von einer Telefon-Hotline unterstützt und gezielt gefördert werden. Der Verein bemüht sich außerdem um wissenschaftliche Studien, um zum Beispiel die positiven Auswirkungen von Assistenzhunden nachzuweisen.

„Pfortenpiloten“ baut nationale und internationale Partnerschaften für das Konzept Assistenzhund auf. Denn auf nationaler Ebene ist die Zahl der Betroffenen zu klein, um Gewicht zu erhalten. Auch politisch bringt sich „Pfortenpiloten“ ein: Im Oktober 2019 wurden erste Gespräche mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) zum geplanten Assistenzhundegesetz geführt, das unter anderem die Rechte von Assistenzhunden und -Halter*innen regeln soll. Leider hat seit

Foto: Andi Weiland | Pfortenpiloten e. V., Gesellschaftsbilder.de

Für Menschen mit Behinderung können Assistenzhunde eine große Erleichterung sein.

dem Frühjahr Corona alle anderen Themen in die Warteschleife geschoben. Roswitha Warda befürchtet, dass es in dieser Legislaturperiode vielleicht nicht mehr klappen könnte mit dem Gesetz. Finanziert werden die „Pfpotenpiloten“ und ihre Projekte unter anderem durch das BMAS, Lotterien, Mitgliedsbeiträge, Förderer und Spenden. Die Aufgaben, die sich der Verein gestellt hat, sind immens und langwierig. Daher hofft Initiatorin und Gründerin Roswitha Warda für die Zukunft auf eine dauerhafte Unterstützung durch Sozialträger und auf Spenden.



Foto: Foto: Andi Weiland | Pfpotenpiloten e. V.,
Gesellschaftsbilder.de

Hund und Herrchen Ton in Ton.

Die Schweizer Dokumentation „Immer noch Frau“ kommt am 26. November in die deutschen Kinos


Einsamkeit im Alter vielfältig dargestellt



Fünf Protagonistinnen – ein Schicksal: verlassen, verwitwet, geschieden oder einfach aus Prinzip Einzelgängerin. Sie versuchen ihrem „Lebensherbst“ zu entfliehen und einen Partner fürs Leben zu finden. Die Regisseurinnen Stéphanie Chuat und Véronique Reymond begleiten sie bei ihrer Suche und fangen charmant und authentisch die Tücken des „Datings“ jenseits der 60 Jahre ein.

alle Fotos: Véronique Reymond

Carmen Python ist eine der Frauen, die der Film begleitet.

A close-up portrait of Marion Jeanmonod, an elderly woman with short, light-colored hair. She is wearing a red jacket and a red patterned scarf. The background is a blurred blue and white striped pattern.

Wo sind bloß die Männer abge-
lieben? Mit dieser Frage beschäf-
tigt sich Marion Jeanmonod schon
länger. Die verwitwete Leiterin
einer Tanz- und Theatergruppe
treibt diese Frage um, weil es sie
nicht nur nervt, dass alleinste-
hende, rüstige Männer älter aus-
sehen als sie sind und dann noch
jüngere Frauen bei der Partner-
suche bevorzugen, sondern auch,
weil Männer Mangelware in ihrer
Theatergruppe sind. So schlüpft
sie kurzerhand selbst in die Män-
nerrollen und begeistert damit ihr
Publikum.

Mit Männern auf der Wildschweinejagd

Carmen Python war glücklich ver-
heiratet, hat den familiären Haus-
halt geführt und die Kinder groß-
gezogen. Aus dem Nichts hat ihr
Mann sie dann für eine andere
Frau verlassen. Sie leidet unter der
Einsamkeit, nimmt 15 Kilo ab und
kämpft mit ihren Phobien. Beim
abendlichen Ausgehen in der
Stadt sieht sie glücklich aus, sie
tanzt auch gerne, aber wenn sie
einsam daheim die Wand anstar-
ren muss, wird sie verrückt. „Da-
rum koche ich auch nicht mehr“,
meint sie.

**Marion Jeanmonod leitet eine Tanz-
und Theatergruppe.**

Odile Curchod geht gerne wandern und umarmt im Wald Bäume. „Ich schaue, ob es ihnen auch gut geht“, erklärt die begeisterte Sportschützin, die von sich behauptet, vor langer Zeit das große Liebeslos gezogen zu haben, nur um dann zu erkennen, dass es doch eine „Niete“ war. „Mit dem Alter lernt man mit der Enttäuschung umzugehen“, sagt sie und geht mit Männern auf die Wildschweinjagd oder genießt das Dolcefarniente mit ihrem Papagei.

Die Journalistin Noëlle Clerc sitzt mit einem Bekannten an ihrem Küchentisch und brütet über ihrem Profil auf einer Dating-Web-

seite. „Hast du Angst, verlassen zu werden?“, fragt er ganz ehrlich. „Ja klar“, entgegnet sie, worauf er unterstützend und respektvoll erwidert: „Wenn ihr euch das erste Mal trifft, musst du dir selbst sagen: Selbst wenn wir uns trennen sollten, ist unsere Begegnung wertvoll, denn es ist eine gute Er-



Odile Curchod mit ihrem Papagei.

fahrung.“ Pierrete Grivels Musikschüler*innen nennen sie liebevoll die „Flötenoma“. Auch wenn die verwitwete Pastorenfrau sich fürsorglich um ihre Schützlinge sorgt, wünscht sie sich selbst Enkelkinder. Musik ist ihre Zuflucht vor dem Nichts. In ihrem Schlafzimmer diskutiert sie mit einem leeren Bett, in dem ihr verstorbener Mann geschlafen hat. Sie kocht stets für zwei, um bei Tisch nicht ganz alleine zu sitzen und hat nicht die Courage, das Büro ihres Ehemannes auszumisten.

Starke Frauen überwinden ihre inneren Zweifel

Stéphanie Chuat und Véronique Reymond, die in ihrer Dokumentation „Immer noch Frau“ diese fünf unterschiedlichen Französisinnen zwischen 60 und 70 Jahren vorstellen und ganz ohne Voice-Over-Erzähler*in auskommen, gelingt es,

das Thema Einsamkeit im Alter menschlich, vielschichtig und aus verschiedenen Perspektiven differenziert zu erzählen. Auch wenn man sich anfangs an die filmische Erzählweise der Perspektivwechsel gewöhnen muss, ist gerade dieses Stilmittel der sich aufbauenden Szenen ein interessanter Spannungsbogen, der außerdem

am Ende aufzeigt, wie die starken Frauen ihre inneren Zweifel und Ängste überwinden. Freund*innen des Programmkinos kommen auch mit französischem Originalton und deutschen Untertiteln voll auf ihre Kosten. In den meisten deutschen Kinos wird der Film, der am 26. November startet, mit deutscher Synchronisation gezeigt.

Noëlle Clerc versucht mit über 60 eine neue Liebe zu finden.



Zeitmaschine

Die Vollendung der Einheit

Die Teilung Deutschlands endete vor 30 Jahren am 3. Oktober 1990 mit dem Beitritt der fünf DDR-Länder zur westdeutschen Bundesrepublik. Hunderttausende aus dem In- und Ausland feierten in Berlin zwischen Reichstagsgebäude und Brandenburger Tor. Zu den Klängen der Freiheitsglocke wurde um Mitternacht am großen Fahnenmast vor dem Reichstag die Bundesflagge gehisst. Feuerwerk säumte den Himmel Berlins und die vierzigjährige Teilung Deutschlands war politisch überwunden.

Nachdem eine friedliche Revolution das sozialistische Regime der DDR bereits im Jahr 1989 faktisch zu Fall gebracht hatte, vollzog sich die Wiedervereinigung in atemberaubender Geschwindigkeit. Den Ruf der Bürger*innen der DDR nach Wiedervereinigung hatte den Weg für den Mauerfall und die Öffnung der Grenze erzwungen und somit die deutsche Frage Ende 1989 wieder auf die internationale Agenda gesetzt. Die Unterzeichnung des Zwei-Plus-Vier-Vertrages am 12. September 1990

Foto: Wolfgang Kumm / picture alliance

Hunderttausende Bürger*innen feierten rund um das Reichstagsgebäude am 3. Oktober 1990 die deutsche Einheit.

in Moskau machte schließlich den Weg frei für den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik.

Paris, London und Moskau hatten zunächst Vorbehalte

Doch nicht jeder war glücklich über die gesellschaftlichen Umbrüche in der DDR. Der Weg zu den Verhandlungen des Zwei-Plus-Vier-Vertrages gestalteten sich schwierig. Besonders die beiden westeuropäischen Statusmächte Frankreich und Großbritannien trieb die Sorge um, dass ein wiedervereinigtes Deutschland das politische Gewicht in Europa zu seinen Gunsten verschieben könnte. Besonders die britische Premierministerin Margaret Thatcher, die als Jugendliche den Zweiten Weltkrieg miterlebt hatte, wollte anfangs die Wiedervereinigung Deutschlands verhindern. Dass sich Frankreich und

Großbritannien am Ende doch für die Vertragsverhandlungen offen zeigten, war der Haltung der USA zu verdanken. Die sowjetische Regierung unter Präsident Gorbatschow gab erst Ende Januar 1990 grünes Licht für die Verhandlungen, nachdem offensichtlich war, dass der wirtschaftliche Kollaps der DDR nicht aufgehalten werden konnte.

Als man im Juli auch die Frage der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands nach der Wiedervereinigung geklärt hatte, unterzeichneten die Außenminister der sechs Länder den „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“, wie der Zwei-Plus-Vier-Vertrag offiziell hieß. Der Einigungsvertrag zwischen der BRD und der DDR regelte, dass der „Tag der Deutschen Einheit“ am 3. Oktober Nationalfeiertag wurde.

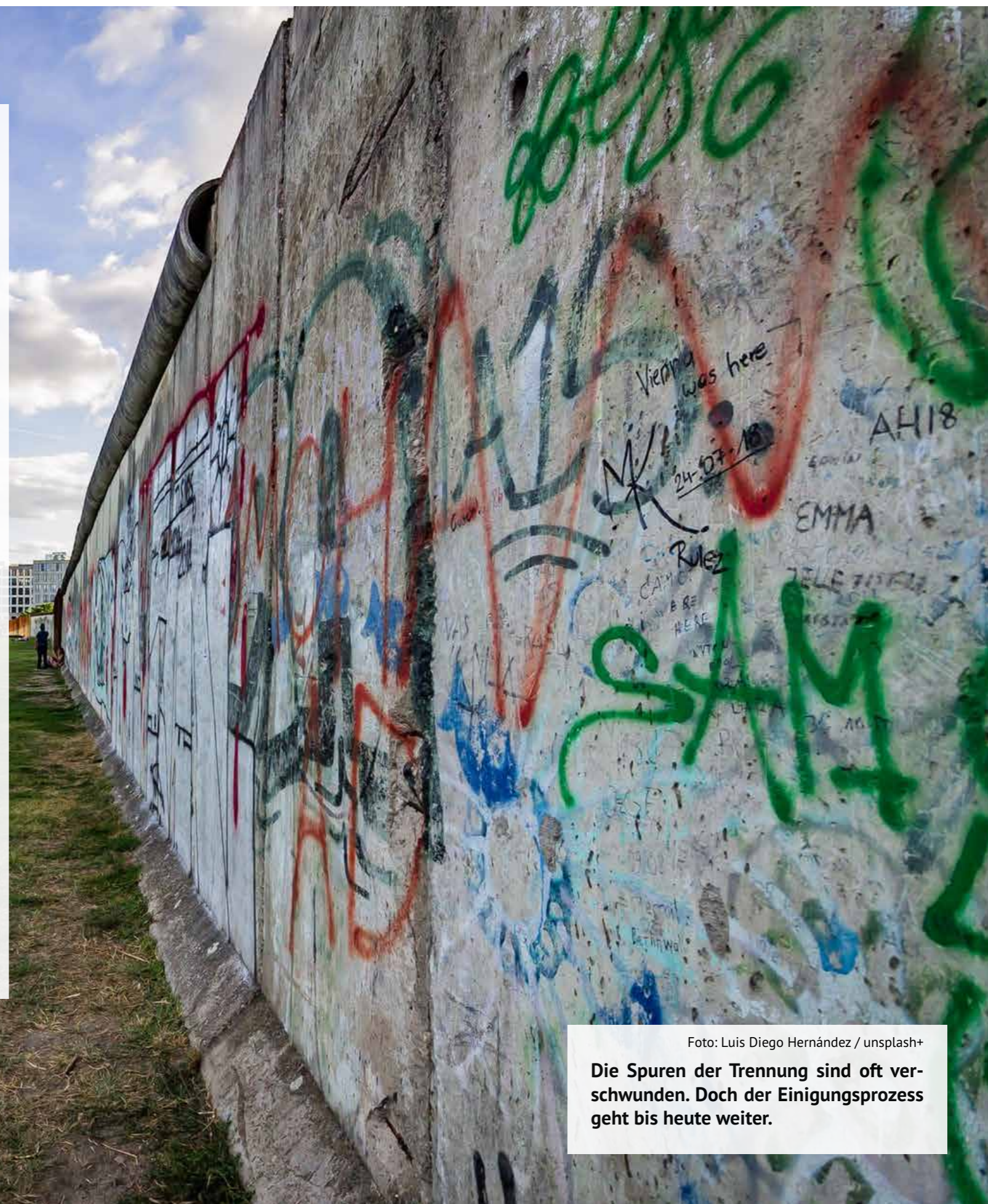


Foto: Luis Diego Hernández / unsplash+

Die Spuren der Trennung sind oft verschwunden. Doch der Einigungsprozess geht bis heute weiter.

Mit spitzer Feder

Postmaterialismus



Impressum

Das Online-Magazin erscheint monatlich in Ergänzung zur Mitgliederzeitung „Soziales im Blick“. Gelesen werden kann es online unter www.sovd.de sowie (mit Zusatzfunktionen) über die App „SoVD Magazin“. Herausgeber ist der Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD), Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, E-Mail: redaktion@sovde.de, Telefon: 030/72 62 22 – 0. Redaktion: Veronica Sina (verantwortlich), Joachim Schöne, Brigitte Grahl, Sebastian Triesch, Denny Brückner, Eva Lebenheim, Christian Müller.